



## Trotz Kriminalisierung: Der Streik geht weiter

**Die Justiz fällt den Streikenden von Dättwil in den Rücken. Vermittels gerichtlicher Verfügung sollen die Spar-Angestellten zur Aufgabe ihrer Blockade gezwungen werden. Doch die lassen sich nicht unterkriegen. Zudem finden vermehrt Solidaritätsaktionen statt.**

Gänzlich unerwartet kam es nicht: Seit verganginem Freitag mischen sich die bürgerlichen Gerichte in den Streik bei Dättwil ein. Nachdem die Angestellten des Spar-Tankstellenshops ihren Arbeitskampf über vier Tage entschlossen und erfolgreich führten, dabei sogar Streikbrecher abwehrten, entschieden nun Richter zu Gunsten des Grossbetriebs Spar. Das Bezirksgericht Baden stellte eine superprovisorische Verfügung aus. Inhalt: Die Besetzung der Spar-Filiale sei illegal und zu beenden. Damit brachte der fünfte Streiktag eine wesentliche Verschlechterung für die Streikenden mit sich.

Das Vorgehen des Gerichts ist bedenklich. Der Streik selbst wird zwar nicht für ungesetzlich erklärt, dafür aber die Form, die er angenommen hat: die Blockade. Das Bezirksgericht stellt damit das Eigentums- und Hausrecht von Spar über das Streikrecht der Angestellten. Ein gutbürgerliches Gericht entscheidet für den gutbürgerlichen Betrieb Spar – nicht für die Arbeitenden. Derartiges ist leider Alltag im Staate

Schweiz. Entsprechend war unter einigen Gewerkschaftern der Unia schon im Vorfeld der Verfügung ein solcher Entscheid befürchtet worden.

Die Situation der Streikenden ist nun schwieriger geworden. Dennoch kämpfen sie geschlossen weiter, ignorieren den Gerichtsentscheid bis auf weiteres. Möglich ist das, weil zwar die Besetzung illegalisiert wurde, eine Räumung durch die Polizei jedoch nicht ansteht. Eine Räumung bedürfte eines Räumungsbefehls. Für diesen, wie Polizei und Staatsanwaltschaft mehrfach betonten, fehle die Grundlage: die «Gefährdung der öffentlichen Sicherheit». Unter den Streikenden und Gewerkschaftern geht man davon aus, dass Spar diese durch gezielte Provokationen herbeiführen will.

### Spar droht mit Sicherheitspersonal

Die Leitung des Spar zögerte nicht lange. Schon am Freitag versuchte sie sich mittels der Gerichtsverfügung Zugang zum Tankstellenshop zu ver-

schaffen. Dabei bediente man sich auch Drohungen: Den Streikenden wurde bedeutet, man würde auch privates Sicherheitspersonal holen, um den Eingang

freizumachen. Doch die Prügeltrupps rückten nicht an. Nachdem die Gewerkschaft Unia die Polizei verständigte, kam es zu keinen Ausschreitungen. Leicht schockiert ist man unter den Streikenden dennoch. So etwa Drita Prenkaj, die seit einem Jahr als Angestellte des Spar arbeitet. *«Natürlich hatte ich da schon etwas Angst, man weiss ja nicht, was passiert. Aber ich finde es auch lächerlich [von der Spar-Leitung], dass sie so weit gehen. Sie könnten auch einfach mit uns reden.»*

Doch zu wirklichen Gesprächen scheinen die Oberen des Spar nicht bereit. Zwar gab es am Freitag ein Treffen mit der Unia, an dem auch Marcel Hofmann teilnahm, doch verblieb es weitgehend ohne Resultate. Dabei stellt sich die Spar-Leitung auf den Standpunkt, dass die Freigabe des Ladens eine Vorbedingung für ernsthafte Gespräche sei. Oder so: Spar möchte den Streik gern beendet wissen, bevor man über dessen Weiterführung spricht. Für derlei Forderungen gibt es wenig Verständnis bei den Spar-Angestellten. *«Sie wollen einfach nicht mit uns verhandeln»*, meint Drita.

### Solidaritätsaktionen

Derweil gehen die Solidaritätsaktionen der Unia weiter. Auch am sechsten Streiktag, dem Samstag, wurde versucht, den Streik und das Wissen um ihn zu verbreitern. Zu diesem Zweck werden umliegende Spar-Filialen besucht. Auch dem Spar angeschlossene Ketten, wie etwa TopCC, werden aufgesucht. Mit Flyern versucht man Spar-Personal und -Kundschaft zu sensibilisieren. Auch die streikenden Frauen nahmen an den Aktionen teil. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf geht man dabei vor. Turgi im Aargau,

Basel, Zürich, Winterthur, Hendschiken – innerhalb eines Tages werden teils Dutzende Orte aufgesucht. Dabei gilt auch hier: Ohne den Gewerkschaftsapparat der Unia und die Unterstützung durch politische Aktivisten wäre diese Arbeit kaum möglich.

Der Erfolg der Aktionen ist gemischt. Während einige Spar-Kunden sehr positiv reagieren, den Streikenden ihre Solidarität ausdrücken und teils sogar auf weitere Einkäufe beim Spar verzichten, können andere die Motivation des Streiks nicht verstehen. Gleichfalls ambivalent sind die Reaktionen des Spar-Personals anderer Filialen. Teils eingeschüchtert, unter der Aufsicht ihrer Chefs, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Unia-Funktionäre des Ladens zu verweisen. Andere hingegen unterschreiben sogar für weitere Aktionen der Unia.

Als Erfolg kann das Verteilen von Flyern und das Suchen von Gesprächen dennoch gewertet werden. Darauf weisen vor allem die Reaktionen der Filialleiter - allesamt Männer, bei einer Belegschaft, die grossteils aus Frauen besteht - hin. Aufgebracht, wütend, teils rasend reagieren sie darauf, dass das Vorgehen des Spar im Arbeitskampf aufgedeckt wird. Und so haben die Solidaritätsaktionen auch Ronald Haug aufgeschreckt und in das entlegene Hendschiken gebracht, wo er sich die Funktionäre und ihr Vorgehen selbst anschauen wollte.

Auch Drita unterstreicht die Wichtigkeit der Ausweitung des Streiks. *«Das finde ich sehr gut. Es ist wichtig, dass wir auch in anderen Filialen sind. Denn unsere Situation ist doch überall die selbe. Auch der Lohn ist gleich.»* Auf die Frage, ob sie trotz richterlicher Verfügung den Streik fortführen wird, hat sie eine klare Antwort: *«Ich werde immer weiter machen, egal wie lange es geht.»*



### Drita Prenkaj (21)

Seit einem Jahr arbeitet die Angestellte im Spar-Tankstellenshop. Dabei bekommt sie für ihre 80%-Stelle nur 2'800 Franken – 13. Monatslohn inklusive. **«Die Spar-Angestellten sollen vorbei kommen und uns unterstützen. Wir sind ja alle in der selben Situation!»**



### Arnaud Bouverat (34)

Der Unia-Sekretär aus Waadt hilft den Streikenden. Er ist aktiv an der Verbreitung des Streiks durch Flugblätter und Gespräche beteiligt. **«Mit dem Streik wird nur das Wesentlichste gefordert: bessere Löhne!»**